

# PRESSEMITTEILUNG

Leipzig, den 25.02.2013

## **Hermann Winkler: Wasser wird nicht zum Spekulationsobjekt**

Im schwelenden Streit um die Zwangsprivatisierung der kommunalen Wasserversorgung in Deutschland infolge der Neuregelung der EU-Richtlinie für Dienstleistungskonzessionen hat die Europäische Kommission auf Druck der deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament eingelenkt. Dies teilte der sächsische Europaabgeordnete Hermann Winkler (CDU) mit. Winkler sagte dazu: „Wasser ist ein Lebensmittel und unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Daher ist die Wasserversorgung in Deutschland zu Recht in kommunaler Hand, um hohe Qualität und stabile Preise zu gewährleisten. Dass es gelungen ist, die EU-Kommission von Ihren Plänen abzubringen und Binnenmarktkommissar Barnier Verhandlungsbereitschaft über die deutschen Interessen signalisiert hat, ist ein großer Erfolg.“

Der ursprüngliche Richtlinienentwurf der EU-Kommission sah vor, dass die Vergabe der Wasserversorgung innerhalb der Gemeinden europaweit ausgeschrieben werden muss, sofern nicht ein Versorger in überwiegend kommunalem Eigentum damit betraut wird. Infolge zahlreicher Änderungsanträge aus dem Europäischen Parlament, darunter auch einige von Hermann Winkler, soll es nun gesonderte Regeln für die Wasserversorgung geben. „Damit wird eine der zentralen Forderungen der sächsischen Kommunen umgesetzt. Es geht aber keineswegs darum, Privatisierung im kommunalen Bereich zu verdammen. Gerade in Sachsen arbeiten viele Versorger seit langem gut mit privaten Partnern zusammen. Aber eine erzwungene Liberalisierung durch die EU verunsichert die Verbraucher und würde viel Vertrauen verspielen“, so Winkler abschließend.

### Hintergrund

Laut Entwurf der EU-Kommission hätte die Vergabe der Wasserversorgung per europäischer Ausschreibung erfolgen müssen, wenn sie bisher von einem teilprivatisierten Versorger erbracht wurde, der mehr als 20% seines Geschäfts außerhalb der Kommune erbringt. Bei sog. Mehrspartenunternehmen, also den klassischen Stadtwerken, sollte in diese Rechnung allerdings auch beispielsweise die Energieversorgung einbezogen werden. Daher hätten viele Kommunen faktisch vor der Wahl gestanden, entweder die Stadtwerke mit großem finanziellen Aufwand wieder vollständig zu rekommunalisieren oder die Wasserversorgung europaweit auszuschreiben, wodurch sich die kommunalen Unternehmen im unmittelbaren Wettbewerb mit globalen Großunternehmen wiedergefunden hätten.